

STROMLIBERALISIERUNG

Unwillkommene Freiheit



Mit wenig Begeisterung hat die Chamber das Gesetz zur Stromliberalisierung verabschiedet. Zur Rolle der Gemeinden, zur öffentlichen Kontrolle des Stromnetzes und zur Kennzeichnung der Produktionsweise blieb die Regierung Antworten schuldig.

Wozu ist die Stromliberalisierung gut, fragt sich mittlerweile sogar ein Mainstream-Medium wie RTL. Vielleicht dazu, die traditionellen Fronten zwischen Parteien aufzubrechen? Bereits 2004 gab es im Escher Gemeinderat eine aufsehenerregende Abstimmung: CSV, Déi Lénk und die LSAP-Schöffin Vera Spautz stimmten gemeinsam gegen das Vorhaben der rosa-rot-grünen Gemeindeführung, die - unterstützt von der oppositionellen DP - plante, das Escher Elektrizitätswerk in eine privatrechtliche Gesellschaft auszulagern. Und am vergangenen Montag lancierten DP und Grüne eine gemeinsame Gesetzesinitiative, um den Gemeinden mehr Handlungsmöglichkeiten im liberalisierten Strommarkt zu geben - zwei Tage bevor in der Chamber das Liberalisierungsgesetz verabschiedet wurde.

Kommunaler Kurzschluss

Dass die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen Grün und Blau nach den Erfahrungen in den Gemeinden Differenzen und Luxemburg nun auch auf nationaler Ebene wahrgenommen wird, ist nicht so erstaunlich. Beide Parteien sind schließlich in der Opposition, und der wahrscheinlichste Weg, in eine Regierung zu kommen, führt über eine Ampelkoalition - es wird also Zeit, Berührungspunkte abzubauen. Doch abgesehen von diesen strategischen Aspekten war es wohl auch inhaltlich nicht schwer, sich zu einigen. In ihrem Communiqué unterstreichen die beiden Parteien, dass der Klimaschutz von öffentlichem Interesse ist und den Gemeinden deshalb im Bereich der Energieversorgung eine wichtige Rolle zukomme. Vor allem aber geht es darum, den sieben Gemeinden, die über eigene Elektrizitätswerke verfügen, die Möglichkeit zu geben, diese im Rahmen des neuen Stromgesetzes weiterhin zu kontrollieren. Zu diesem Zweck soll eine Änderung des Gemeindegesetzes es den Kommunen erlauben, privatrechtliche Gesellschaften zu gründen und ihre Beamten in solche Gesellschaften zu überstellen - eine Lösung, wie sie bereits 2004 von

der Escher Gemeindeführung favorisiert wurde.

In den vergangenen Jahren hat das Innenministerium, unter Verweis auf das Gemeindegesetz, jenen Gemeinden Steine in den Weg gelegt, die versuchten, ihre Elektrizitätswerke so zu organisieren, dass sie mit privaten Anbietern konkurrieren können. Auf die Kritik während der Debatte zum Stromgesetz am Mittwoch reagierte Innenminister Jean-Marie Halsdorf mit gespielter Erstaunen. "Einzelne Gemeinden haben Lösungen gefunden", behauptete der Minister, ohne darauf einzugehen, dass sich diese Gemeinden in einer juristischen Grauzone bewegen. Als Beispiele nannte er Luxemburg, Esch ... und Steinfort. In Wirklichkeit läuft die Steinforter "Lösung" auf ein Verhöckern des Elektrizitätswerks an die Cegedel hinaus. Das galt bisher auch als die von der Regierung favorisierte Variante. Am Ende versprach Halsdorf doch noch, in den kommenden Wochen Vorschläge zu unterbreiten, die den Gemeinden neue Handlungsmöglichkeiten geben.

Doch nicht nur der Minister ärgerte sich über den Vorstoß von DP und Grünen. Im E-Zine Goosch.lu kritisierte André Hoffmann die "grün-liberale Augenwischerei". Statt die Beteiligung von Kommunen an privatrechtlichen Gesellschaften zu erleichtern, solle man einen Rahmen für kommunale "établissements publics" schaffen, damit die Gemeinden im öffentlich-rechtlichen Rahmen ihre Aufgaben besser erfüllen könnten.

Netze gespannt

Auch FGFC, FNCTTFEL, LCGB und das "OGBL Syndikat öffentlicher Dienst" wehren sich mit einer gemeinsamen Stellungnahme gegen den grün-blauen Vorschlag, die Aktivitäten der Gemeinden in kommerzielle Gesellschaften auszulagern. Allerdings bemängeln die Gewerkschaften auch die "Blockadepolitik" des Innenministers. Des weiteren betonen sie, dass die Strom- und Gasnetze Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sind und sprechen sich für eine Verstaatlichung aus.

Die Forderung, das Stromnetz ganz in öffentliche Kontrolle zu überführen, hatte der grüne Europaabgeordnete Claude Turmes bereits vor zwei Jahren in seinem Bericht an Wirtschaftsminister Jeannot Krecké "Energie für die Zukunft" aufgestellt. Der Minister hatte zwar die Möglichkeit einer Enteignung ausgeschlossen, sich aber für eine öffentliche Kontrolle des Netzes ausgesprochen. Zu diesem Zweck hat das Ministerium mit den größten Netzbesitzerinnen, Cegedel und Sotel, Verhandlungen aufgenommen. Zweifel daran, dass es ihm ernst sei mit einer öffentlichen Kontrolle der Netze, wies Krecké während der Debatte um das Stromgesetz zurück. Er habe sogar ein Vorkaufsrecht für den Staat in den Gesetzestext einschleusen wollen, doch der Staatsrat habe gegen diese Passage sein Veto eingelegt. Dass die ebenso wirtschaftsliberale wie konservative

Hohe Körperschaft ein offenes Ohr für die Interessen der Stromkonzerne hat, sollte nicht verwundern. Hätte Krecké aber sein Gesetzesprojekt beizeiten fertiggestellt, so wäre Luxemburg wegen der verspäteten Umsetzung nicht unter das Damoklesschwert einer EU-Strafmaßnahme geraten. Dann hätte die Chamber entscheiden können, sich in diesem wie in anderen Punkten über den Einspruch des Staatsrates hinwegzusetzen.

"Sich Zeit lassen", das war auch die Empfehlung des Wirtschaftsministers an die Bevölkerung. Zwar könne man jetzt den Stromlieferanten wechseln, man solle aber nichts überstürzen, sondern sich die Angebote in Ruhe ansehen. Das klingt nach Wirtschaftspatriotismus - nicht wechseln bedeutet vor allem, keinen Strom bei einem der größtenteils ausländischen neuen Anbietern kaufen. Vielleicht ist die ministerielle Empfehlung aber auch auf die unzureichenden Vorbereitungen im Ministerium und beim Institut luxembourgeois de régulation zurückzuführen.

Grün und geprüft

Besonders peinlich für den Minister ist, dass die Information der Bevölkerung über den angebotenen Strom derzeit sehr dürftig ist, vor allem, was umweltpolitische Aspekte angeht. Als Krecké im August 2006 das Gesetzesprojekt zur Liberalisierung vorstellte, behauptete Krecké, der einfachste Beitrag zum Klimaschutz sei es, auf Ökostrom umzusteigen. Im Gesetz sei vorgesehen, dass jeder Anbieter die Herkunft seines Stroms dokumentieren müsse. Doch das Règlement grand-ducal, das solche Informationen einheitlich und damit vergleichbar machen würde, steht noch immer aus. Greenpeace wirft der Regierung vor, viel über Transparenz zu reden, sich in Wirklichkeit aber vor die "großen Verschmutzer" zu stellen. Erfahrungen in anderen Ländern zeigten, dass ohne detaillierte Vorschriften die Stromkennzeichnung nicht korrekt funktioniere.

Die Umweltorganisation hat inzwischen die Initiative ergriffen und stellt auf der Site www.electricite-verte.lu einen Vergleich der Angebote zur Verfügung, die als Ökostrom vermarktet werden. Der von "Greenpeace energy" stammende "Nova Naturstrom" erhält die Note "gut", doch die Klimaschutzpolitik des Anbieters wird als unkohärent bewertet. Der Nova-Strom wird von der Cegedel vertrieben, und Greenpeace stört sich vor allem daran, dass die Gesellschaft sowohl in erneuerbare Energien als auch in Kohlekraftwerke investiert. Dass das Greenpeace-Angebot hinter jenem von "Eida.green" rangiert - zweimal Note "gut" -, spricht für die Glaubwürdigkeit der Informationen. Der Vergleich ist allerdings weniger als Ersatz für eine ordentliche Kennzeichnung gedacht denn als Aufforderung an den Minister, eine solche auf die Beine zu stellen.

Raymond Klein

Hochöfen: Informationspolitik gleich Null

Roby Gales ist sauer: "Erst vor drei Monaten haben wir mit Kulturminister François Biltgen verhandelt und er hat uns weitere Informationen zum Erhalt der Hochofenanlage in Esch-Belval versprochen", sagt der Präsident der "Amicale des hauts fourneaux A et B". Stattdessen jedoch wurden Fakten geschaffen: So wurden beispielsweise fast alle Wagen, mit denen die Schlacke transportiert wurde, zerstört - obwohl die Amicale sich für deren Erhalt eingesetzt hatte. Trotz wiederholter Nachfrage habe man bisher noch keinen Bescheid erhalten, was mit dem Maschinenraum oder dem "Pompelhaus" passieren wird. Die Pläne der Regierung, die vorsehen, Hochofen B als Silhouette und Hochofen A integral zu erhalten, muten nach Augenwischerei an: Laut Gales habe der ältere Hochofen A als Reservelager für den bis 1997 funktionierenden Hochofen B fungiert - so dass wesentliche Teile im A fehlen, wohingegen sie beim Hochofen B, der demnächst entkernt wird, teils hundertprozentig erhalten sind. Die Regierung habe also ausgerechnet den Gesamterhalt eines Ofens beschlossen, der nicht mehr vollständig erhalten war. Unklar sei der Amicale weiter, warum gerade die Mollerei des Hochofens A für die Unibibliothek erhalten muss und teils demoliert wird: "Hätten die Architekten die größere Mollerei des Hochofens B benutzt, hätte man alle Bücher des Landes unterbringen können." Bis heute habe die Regierung noch keine einleuchtenden Argumente geliefert, warum der Hochofen A statt dem B bestehen bleibt:

"A ist definitiv der falsche Ofen. Nicht nur, dass Hochofen B intakter ist, weil er bis 1997 in Betrieb war, auch ist er interessanter, weil sich hier der "gueulard sans cloches" befindet, eine weltberühmte Erfindung der Luxemburger Firma Paul Würth." In einer Pressekonferenz an diesem Donnerstag will die Amicale erneut die Öffentlichkeit über den Zustand der Abrissarbeiten informieren.

Chamber ohne Tabus

Hoppla, das ging schnell: Kaum hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in der vergangenen Woche einer ledigen Frau aus Luxemburg das volle Adoptionsrecht zugesprochen und damit die Luxemburger Rechtsprechung verworfen (woxx 909), zog Jean-Claude Juncker nach. Es gebe keine Gründe, die gegen die gesetzliche Anerkennung des "Mariage homosexuel" sprechen würden, eröffnete der Premierminister am Freitag bei seiner wöchentlichen Plauderstunde den MedienvertreterInnen. Allerdings: Zur damit verbundenen Adoptionsfrage habe er noch keine klare Meinung. Ein Wind, der bis in die Chamber wehte. Zwar beilegte sich Luc Frieden am Donnerstag dort, die Einlassungen seines Chefs als dessen Privatmeinung zu deklarieren, doch der Grüne Felix Braz hatte den Ball mit einer entsprechenden Motion an die Regierung zum "Mariage homosexuel" bereits aufgegriffen. Persönliche Statements hierzu seien nicht ausreichend, es gelte endlich Fakten zu schaffen. Das fand auch Xavier Bettel. Er erinnerte daran, dass man vor drei Jahren anlässlich der Entscheidung für das Pacs bereits in Aussicht gestellt habe, nach einer Evaluierung der eheähnlichen Gemeinschaften auch ein Gesetz über gleichgeschlechtliche Ehen zum Thema zu machen. Braz' Motion wurde an die Commission juridique übergeben, wo die Regierung noch vor der Rentrée zu dem Thema Farbe bekennen soll. In den ersten zwei Oktoberwochen soll die Motion dann in der Chamber zur Abstimmung kommen. Bereits zuvor hatten sich zur Frage des Adoptionsrechts die Regierungsmitglieder Marie-Josée Jacobs und Luc Frieden zu Wort gemeldet, es jedoch bei allgemeinen Ausführungen zum Thema belassen. So versicherte Justizminister Frieden, die Regierung sei daran interessiert, die Diskriminierung von Schwulen und Lesben abzubauen. In diesem Kontext müsse man sicherlich auch das Adoptionsrecht einer Revision unterziehen. Die Zusammenlegung von einfacher und voller Adoption sei dabei eine Möglichkeit. Beide beeilten sich jedoch, die grundsätzliche Debatte über das Thema auf das kommende Jahr zu verschieben. Anscheinend besteht innerhalb der Regierung zu dem Thema doch noch etwas Diskussionsbedarf.